

## **PRESSEMITTEILUNG**

München, den 7.10.2020

### **Neugenehmigungsverfahren der Panzerstrecke in Allach durch OB entschieden?**

In der [Presseumschau des Rathauses](#) vom 6. Oktober lesen die verwunderten Bürger, dass OB Dieter Reiter die Interessen des Rüstungskonzerns KMW völlig unangemessen protegiert und die gesetzlichen Rechte der heutigen und zukünftigen Anwohner ignoriert. Bekanntlich soll die alte, lärmende und stinkende Panzerstrecke in Allach, gegen die Interessen der Anwohner, erstmalig nach dem BImSchG genehmigt werden. Bei dieser Genehmigung geht es nicht um ein paar Arbeitsplätze und Wählerstimmen, sondern ausschließlich um die Auswirkungen der Anlage auf die Umwelt. So will es jedenfalls das Gesetz. Eigentlich wäre der Oberbürgermeister damit verpflichtet die korrekte und gesetzestreue Arbeitsweise seiner Genehmigungsbehörde sicherzustellen. Im konkreten Fall tut er das Gegenteil, trifft sich informell mit dem Antragsteller, der Gewerkschaft, sowie dem Vertreter der Genehmigungsbehörde und vereinbart kurzerhand ein neues Parallelverfahren. Offenbar war sich das Trio bereits vor Abschluss des öffentlichen Genehmigungsverfahrens einig, dass das Ergebnis nur eine vollumfängliche Genehmigung sein kann. Aber um den Schein von Bürgernähe zu wahren, werden verkürzte Betriebszeiten schon vorab mal lauthals vereinbart. Dieses Vorgehen widerspricht den Prinzipien eines gesetzeskonformen Verfahrens, auf das die Bürger ein Recht haben.

Es sollte allen Beteiligten klar sein, dass eine Panzerprüfstrecke in einer Millionenstadt nichts zu suchen hat. Zu groß sind hier die schädlichen Auswirkungen auf Mensch und Natur. Akut ist die Situation durch den Zuzug von ca. 2000 Menschen in der unmittelbaren Nachbarschaft der Anlage in den nächsten Monaten. Jetzt stehen die Wohnblöcke und reflektieren das Panzerdröhnen bis weit nach Moosach. Das Diamant-Neubaugelände hätte deshalb nie genehmigt werden können, wenn hier eine genehmigte Panzerstrecke vorhanden gewesen wäre. Da wir aber in München Wohnungen dringend benötigen, wurde die Genehmigung erteilt, so dass es sich nun aber automatisch verbietet eine Panzerprüfstrecke daneben neu zu genehmigen. Nachdem die Gesetze hier eindeutig sind, wird jetzt offenbar mit allen Tricks versucht, die Genehmigung irgendwie anzuordnen.

Gez. Falk Lamkewitz  
Unterausschussvorsitzender Umwelt und Verkehr im BA23  
Fraktionssprecher

Rafael Núñez Kraft

OV-Sprecher Allach-Untermenzing